

Sitzungsprotokoll vom 12.12.2008

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gaubitsch.

Der Bürgermeister begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates und die Zuhörer.

Die Einladung ist rechtzeitig mit Einladungskurrende (e-mail) zugegangen. Die Sitzung ist beschlussfähig. Der Bürgermeister beantragt Beschlussfassung Müllgebührenanhebung a) und b) Beratung und Beschlussfassung über Anhebung der Kanalbenutzungsgebühren aufzunehmen und fragt ob es dazu einen Einwand gibt. Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Es wird kein Einwand gegen die Tagesordnung vorgebracht.

entschuldigt: GR Mathilde Hager, GR Krückl, gf GR OV Dorn kommt später

Tagesordnung:

- 1. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 27.11.2008**
- 2. Bericht des Prüfungsausschusses über die Gebarungseinschau vom 10.12.2008**
- 3. Bericht Straßenbau**
- 4. Beschlussfassung über den Voranschlag 2009 und mittelfristigen Finanzplan 2010-2012 sowie allfällige Inanspruchnahme eines Kassenkredites im Haushaltsjahr 2009**
- 5. Beschlussfassung über Satzungsänderung im Musikschulverband**
- 6. Beschlussfassung über die Aufnahme von 2 Darlehen**
 - a) Darlehensaufnahme für Ausstattung FF-Haus in Höhe von 305.000,--**
 - b) Darlehensaufnahme für Straßenbau nach Kanalbau in Höhe von 350.000,-**
- 7. A) Beschlussfassung über Anhebung der Müllgebühren
B) Beratung und Beschlussfassung über Anhebung der Kanalbenutzungsgebühren**
- 8. Berichte und Diskussion**

Nicht öffentliche Sitzung

- 9. Genehmigung des nichtöffentlichen Sitzungsprotokolls v. 27.11.2008**
- 10. Neufestsetzung der Kaufpreise für Bauplätze**
- 11. Grundstücksangelegenheiten**

Zu To 1. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 27.11.2008

Zu diesem Sitzungsprotokoll wird richtiggestellt dass die Grabensohle im Altenmarkter Graben betoniert wurde - nicht in Gaubitsch! Anschließend wird das Sitzungsprotokoll einstimmig genehmigt und gefertigt.

Zu To 2. Bericht des Prüfungsausschusses über die Gebarungseinschau vom 10.12.2008

Am 10.12. fand eine Gebarungseinschau statt. Der Bürgermeister ersucht ein Mitglied des Prüfungsausschusses um den Bericht. GR Hiller verliest die Bestände der Bar- und Girokonten: Ist-Bestand: € 32.211,46.

Feststellungen und Empfehlungen des Prüfungsausschusses:

Die Kosten für die Strominstallation im Gemeindestadel Altenmarkt werden mit € 4.417,26 vom Prüfungsausschuss festgestellt – dazu fragt der Prüfungsausschuss wie sich die Jagdgesellschaft Altenmarkt an diesen Kosten beteiligen wird?

Die Strabagerechnungen sind schwer nachvollziehbar, da keine Angaben über den jeweiligen Bauabschnitt darin enthalten sind.

Die Biomüllrechnungen für die Jahre 2006 + 2007 wurden vom Gaul erst im Jahr 2008 verrechnet – der Prüfungsausschuss empfiehlt, den Preis für die Biotonne anzuheben, da ansonsten keine Kostendeckung erzielt werden kann.

Rechnungen vom Dorfzentrum Altenmarkt für Getränke Straßenwärter: insgesamt € 662,40 verrechnet, ohne Angabe über die Anzahl der Getränke – Empfehlung dazu: eine Begrenzung der Getränke pro Straßenarbeiter einzuführen!

Vor dem Ausborgen von Arbeitsgeräten ist eine diesbezügliche Preisabsprache zu treffen. (z.B Stapler!)

GR Hiller berichtet, dass derzeit offene Rechnungen in Höhe von ca. € 470.000,-- vorhanden sind. Die Schlussrechnung der Fa. Strabag liegt noch nicht vor. Daher empfiehlt der Prüfungsausschuss, keine Investitionen ohne vorherige sichere Finanzierung mehr zu tätigen.

Der Bürgermeister beantwortet diese Feststellungen und Empfehlungen wie folgt:

Gemeindestadel Altenmarkt – es wurde lediglich ein Ansuchen um Stromeinleitung in dem Gemeindestadel von OV Dorn an den Bürgermeister gestellt. Erst später erfuhr der Bürgermeister, dass ein Zerlegeraum für die Jagdgesellschaft Altenmarkt hergestellt wurde. Derzeit laufen Verhandlungen mit der Jagdgesellschaft, in welcher Form eine Abgeltung erfolgt – z. B. durch Miete? Der Stromanschluss des Gemeindestadels hätte einfacher hergestellt werden können, wenn der Zerlegeraum nicht mit Kraftstrom ausgestattet worden wäre. Dazu sagt GR Krickl, dass auch der Dorferneuerungsverein den Stadel nützt und froh ist, dass Strom eingeleitet wurde. Es soll auch nochmals besprochen werden, ob der Stadel auch anderen Gemeindeinstitutionen Nutzen bringen kann. Auch die Kleinbaumgartner und Gaubitscher Jagdgesellschaft wollen den Zerlegeraum benutzen.

Zur Kontrolle der Strabagrechnungen teilt der Bürgermeister mit, dass die Fa. Henninger & Kainz mit der Prüfung der Rechnungen als Kontrollorgan vom Gemeinderat beauftragt wurde, daher bezahlt er nur die geprüften Rechnungen. Weiters teilt er mit, dass in den kommenden Wochen die Schlussrechnung für 2007 einlangt, da erst nach Ablauf des Jahres Aufschlagspunkte ausgegeben werden. Danach erst legen die Baufirmen ihre Schlussrechnungen.

Auf die Anfrage warum die Fa. Mokesch noch ca. 250.000,-- € bekommt sagt der Bgm. dass in dieser Summe € 165.000,-- Haftrücklass enthalten ist. Dieser muss nach Abnahme an die Fa. Mokesch bezahlt werden und wir bekommen dafür einen Haftbrief der über 3-5 Jahre läuft um eventuell auftretende Bauschäden von der Fa. Repariert zu bekommen. € 50.000,-- werden heuer noch überwiesen.

Kompostplatzgebührenvorschreibung 2006 + 2007: der Bürgermeister beauftragte den Gemeindeverband für Aufgaben des Umweltschutzes diese Rechnungen zukünftig jährlich zu legen. Empfehlung zur Anhebung der Biomüllgebühren: eine neue Müllgebührenordnung ist ein To-Punkt dieser Sitzung.

Gf GR Rohringer ist der Meinung, dass reiner Grasschnitt auch über einen Acker ausgestreut werden könnte. Es wird vorgeschlagen, die Kosten für den Grasschnitt und Laubcontainer auf den betreffenden Containern anzugeben um dem Bürger vor Augen zu führen, welche Kosten dadurch im Müllbudget auflaufen. Der Bürgermeister meint dazu, dass diese Vorgangsweise wieder zu Aufregungen unter denjenigen führen würde, die wenig bis keine solchen Abfälle bringen.

Getränkerechnung Dorfzentrum Altenmarkt Straßenwärter – die Konsumation belief sich auf einen Zeitraum von mehreren Monaten für mindestens 8 Personen täglich. GR Krickl teilt mit, dass diese Einnahmen dem Dorferneuerungsverein Altenmarkt zugute kommen.

Stapleranmietung - Der Gemeindestapler war wegen zu schwacher Batterien zu diesem Zeitpunkt nicht einsatzfähig. Von den Staplerbesitzern wurde die Bezahlung des aktuellen Maschinenringgerätemietpreis erwartet und die Anfrage des Bürgermeisters, ob die Miete geringer bewertet werden kann, wurde abgelehnt. In der KG. Gaubitsch wurden die Steine mit dem Greifer gleich auf die Baustelle gesetzt.

Den Vorschlag keine Investitionen vor Sicherung der Finanzierung zu tätigen, nimmt der Bürgermeister an, und will sich zukünftig daran halten.

Zu To 3. Bericht Straßenbau

Der Straßenbau ist für 2008 abgeschlossen. Im Bereich der Kellergasse, wo ein Rigol eingebaut wurde, soll eine Sutte sein – diese muss nach Besichtigung mit Ing. Vondrak von der Fa. Strabag noch bereinigt werden. Bei Ziegler Schuppen wurde der Restasphalt verbaut.

Der Straßenbau in Altenmarkt ist abgeschlossen. Hintaus, wo der Kanal verlegt wurde, wird vorläufig keine Straßensanierung durchgeführt. Laut Berechnung des Bürgermeisters soll das Straßenstück vom Haus Satzer bis zur Gärnterei Schmidl im 2. Ansatz 2010 ein Projekt der Güterwegabteilung werden. Dazu findet aber erst im Jänner ein Gespräch mit Ing. Kranewitter

statt. Es muss festgestellt werden ob die Sportplatzstraße oder Fünfhaus oder dieses Straßenstück als Güterwegprojekt in die Förderung aufgenommen wird. Dieses Straßenstück soll laut Aussage des Bürgermeisters nicht mehr als ca. € 170.000,-- kosten.

Zu den eingetretenen Preissteigerungen sagt der Bürgermeister folgendes: der linke Grabenabschnitt war mit € 600.000,-- geschätzt. Der Kostenvoranschlag betrug dann tatsächlich eine Million Euro. (Siedlung und die linke Grabenseite). Die rechte Bachseite wurde mit € 700.000,-- geschätzt. Der Kostenvoranschlag dazu betrug 1,2 Millionen Euro.

Weiters berichtet er, dass die Winkelstraße, die Siedlungsstraße und die Künettenschließungen im Fünfhaus durchgeführt wurden. Der Vizebürgermeister u. OV gf GR Rohringer sind der Meinung, dass die Siedlungsstraße in Gaubitsch unnötig herausgerissen und erneuert wurde. Es wird dem Bürgermeister vom Vizebürgermeister vorgeworfen, Rechnungen aus dem Jahr 2007 absichtlich in das Jahr 2008 mitgenommen zu haben. Der Bürgermeister teilt mit, dass alle bis Jahresende geprüften Rechnungen bezahlt wurden. Die Rechnungen, die in den ersten 3 Monaten 2008 bezahlt wurden, langten erst im Jahr 2008 für 2007 ein. Nächste Woche findet ein Gespräch wegen der Restfinanzierung des Kanalbaus und Straßenbaus nach Kanalbau statt. GR Hiller vom Prüfungsausschuss bestätigt, dass lediglich eine geprüfte Rechnung, die Anfang Jänner einlangte 2008 bezahlt wurde. Ing. Henninger wurde beauftragt, Berechnungen vorzunehmen ob noch anteilige Kosten in den Kanal einzubeziehen sind. Die Herstellung der Parkplätze zum Anger wären in der getätigten Form nicht notwendig gewesen, meint gf GR Rohringer. Diese Parkplätze wurden im Jahr 1995 lediglich mit Recyclingmaterial hergestellt, antwortet der Bürgermeister, ohne jegliche Kosten für die Gemeinde, da dies die Straßenmeisterei unter Mithilfe der Gemeindearbeiter machte.

zu To 4. Beschlussfassung über den Voranschlag 2009 und mittelfristigen Finanzplan 2010-2012 sowie allfällige Inanspruchnahme eines Kassenkredites im Haushaltsjahr 2009

Der Voranschlag wurde mit dem Gemeinderat in der Informationssitzung am 6.11.2008 und in der Gemeinderatssitzung am 27.11.2008 besprochen und vor „Auflage an jeden Gemeinderat ausgegeben Der Bürgermeister teilt mit, dass der Voranschlag über zwei Wochen in der Zeit vom 28.11.2008 bis 12.12.2008 zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt hat, während dieser Zeit sind keinerlei schriftliche Erinnerungen dazu ergangen. Der Bürgermeister berichtet, dass heute eine Zuschrift über die Darlehenszuzählung vom Wasserwirtschaftsfonds in Höhe von € 42.163,-- zum Vorhaben Kanalbau einlangte. In der Anfang Dezember abgehaltenen Besprechung im Amt der NÖ Landesregierung hat der Bürgermeister um Gewährung einer nicht rückzahlbaren Förderung von insgesamt € 500.000,-- für die Jahre 2010 bis 2013 angesucht. Für diese Summe sollte ein Darlehen von insgesamt € 500.000,-- zur Restfinanzierung des Vorhabens Straßenbau nach Kanalbau aufgenommen werden. Bei der Besprechung des Voranschlag im November 2008 wurde zur Bedeckung des außerordentlichen Haushalts 2009 eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 350.000,-- beraten. Für die Finanzierung des Vorhabens Ausstattung FF-Haus ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 305.000,-- unbedingt erforderlich. Diese Darlehensaufnahmen werden in den nachfolgenden To-Punkten behandelt. Da die geplante Darlehensaufnahme zur Ausfinanzierung des Straßenbaus nach Kanalbau nicht ausreichend ist, schlug das Land NÖ im Zuge des Finanzierungsgesprächs im Dezember vor, nochmals mit der Abt. WA 4 eine Besprechung abzuhalten, in der die Restkosten der Vorhaben genau beziffert werden um festzustellen, ob eine weitere Darlehensfinanzierung über den Kanalbau beantragt werden kann. Am Dienstag, den 16.12.2008 findet diese Besprechung im NÖ Landhaus statt. Die Darlehen für den Kanalbau müssen über den Gebührenhaushalt im Kanalbau und der Bereitstellungsgebühr im Wasserhaushalt bedeckt werden. Bei dem Finanzierungsgespräch Anfang Dezember wurde von den Gemeindevorstandsmitgliedern, die an diesem Gespräch teilnahmen, auch der Gebührenhaushalt angesprochen. Der Bürgermeister dachte, dass aufgrund von geringen Aussenständen bei den Anschlussgebühren und neu vorzuschreibender Anschlussgebühren bei errichteten Wohnhäusern im Jahr 2009 von einer Anhebung der Kanalbenützungsgebühren noch Abstand genommen werden kann. Die Kanalbenützungsgebühren sollten erst 2010 angehoben werden. Aufgrund der gestiegenen Kosten im Straßenbau nach Kanalbau und im Kanalbau wurde der Planer beauftragt, eine Neuberechnung der Kanalbenützungsgebühren vorzunehmen. Durch ebenfalls im Zuge des Kanalbaus durchgeführte Erneuerungen bei den Wasserleitungen sind Mehrkosten von ca. € 300.000,-- entstanden, die über den Gebührenhaushalt im Wasserbereich eingebracht werden müssen. Dies hat der Planer durch die Anhebung der jährlichen Zählerbereitstellungs-

gebühr auf € 50,- exkl. Mwst bereits im Jahr 2006 dem Gemeinderat empfohlen. Erst nach Vorlage aller Rechnungen für den Bauzeitraum 2008 - voraussichtlich bis Jänner 2009 - kann festgestellt werden, in welcher Höhe die Restkosten der Baustelle Kanalbau und Straßenbau nach Kanalbau tatsächlich sind. Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass voraussichtlich im April 2009 ein Nachtragsvoranschlag aufgelegt werden muss, da die Bezüge der Bürgermeister ab 1.3.2009 auf Grund gesetzlicher Änderungen neu festgesetzt wurden. Die Prozentsätze der Bezüge der Gemeindeorgane sind gleichbleibend, wenn der Gemeinderat keine Änderung beschließt. Die Bezüge der Gemeindeorgane erhöhen sich aber durch den geänderten Bgm-Bezug, der als Ausgangsbetrag dient, wenn der Gemeinderat keine Änderung der Prozentsätze vornimmt. Über die gewünschte Vorgangsweise soll in einer Sitzung im neuen Jahr beraten und beschlossen werden.

Gf GR Rohringer sagt, dass zum Fertigstellen der Bauvorhaben noch ca. € 700.000,- benötigt werden. Er schlägt vor, kein außerordentliches Vorhaben mehr zu machen, ohne dass der Gemeinderat vorher dazu einen gesonderten Beschluss fasst. Dazu stellt er folgenden Antrag:

1. Antrag: Gf GR Rohringer beantragt bis spätestens Ende Februar einen Nachtragsvoranschlag für 2009 zu erstellen, indem die Bedeckung der noch ausstehenden Rechnungen aus 2008 enthalten ist. Bis zum Beschluss dieses Nachtragsvoranschlages dürfen keine weiteren a. o. Vorhaben in Angriff genommen, bzw. fertiggestellt werden. Er beantragt, dass der Gemeinderat über diesen Antrag abstimmen soll. Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Anschließend stellt Gf GR Rohringer folgenden

2. Antrag: Vor Erstellung des Nachtragsvoranschlages ist mit den zuständigen Stellen im Landhaus über die tatsächliche finanzielle Situation der Gemeinde Rücksprache zu halten um endspreichende Lösungen zu finden. Bei dieser Besprechung sollten der Bürgermeister und der Gemeindevorstand anwesend sein. Darauf antwortet der Bürgermeister, dass Mag. Weissmann, der im Auftrag des Landeshauptmanns das letzte Finanzierungsgespräch leitete, ohnedies vorschlug, im nächsten Jahr ein weiteres Finanzierungsgespräch zu führen. Gf GR Rohringer beantragt, über seinen 2. Antrag abstimmen zu lassen. Die Mitglieder des Gemeinderates stimmen diesem Abstimmungsantrag ebenfalls zu und nehmen den Antrag einstimmig an.

Der Bürgermeister teilt dem Gemeinderat mit, dass die Gemeinde auch bisher den jährlichen Termin zu den Voranschlagsberatungen der Abt. IVW 3 wahrgenommen hat und keinen Voranschlag ohne Rücksprache mit der Abt. IVW 3 erstellt hat. Anschließend beantragt der Bürgermeister, wenn keine weiteren Fragen zur Voranschlagserstellung mehr gestellt werden, über den Voranschlag 2009 mit mittelfristigem Finanzplan 2010-2012 und der allfälligen Aufnahme eines Kassenkredites bis zu 10 % des ordentlichen Haushalts abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: der Voranschlag 2009 samt mittelfristigem Finanzplan 2010-2012 und die Inanspruchnahme eines Kassenkredites von bis zu 10 % des ordentlichen Haushalts wird einstimmig beschlossen.

Zu To 5. Beschlussfassung über Satzungsänderung im Musikschulverband

Der Bürgermeister teilt mit, dass der § 11 Abs. 3 – Kostenersätze der Satzung des Musikschulverbandes Staatz und Umgebung geändert werden muss. Bisher wurde der nicht gedeckte Aufwand auf die verbandsangehörigen Gemeinden nach dem Verhältnis der Schüler aus der verbandsangehörigen Gemeinde aufgeteilt. Zukünftig soll dieser Anteil wie folgt aufgeteilt werden: § 11 Absatz 3 der Satzung des Gemeindeverbandes Musikschule Staatz und Umgebung wird wie folgt geändert: Die Aufteilung des nicht gedeckten Aufwandes auf die verbandsangehörigen Gemeinden hat nach der ermittelten Anzahl der Unterrichtsstunden der Schüler aus den einzelnen verbandsangehörigen Gemeinden am Beginn jedes Schuljahres zu erfolgen.

Jede verbandsangehörige Gemeinde muss mittels Gemeinderatsbeschluss ihr Einverständnis zu dieser Satzungsänderung erteilen. Daher beantragt der Bürgermeister die Abstimmung darüber. Abstimmungsergebnis: einstimmig genehmigt und beschlossen.

Zu To 6. Beschlussfassung über die Aufnahme von 2 Darlehen

a) Darlehensaufnahme für Ausstattung FF-Haus in Höhe von 305.000,-

3 Angebote wurden abgegeben: Volksbank Laa, Österreichische Postsparkasse, Raiffeisen-Bezirksbank Laa/Thaya.

VB mit Aufschlag 0,49 % auf den 6Monatseuribor

RBB mit Aufschlag 0,19 % auf den 6Monatseuribor ausgehend von Juni 2008.

PSK mit Aufschlag 0,19 % auf den 6Monatseuribor

Da die PSK mit der RBB gleich aufliegt, empfiehlt der Vorstand das Darlehen bei der RBB aufgrund der niedrigeren Zuschläge aufzunehmen.

Der angebotene Gesamtzinssatz der Raiffeisenbezirksbank liegt bei 5,28 %. Aufgrund der bereits gefallenem Leitzinsen müsste der Zinssatz bis zur Darlehenszuzählung noch sinken. Der Bürgermeister beantragt die Abstimmung. Abstimmungsergebnis: Die Mitglieder des Gemeinderates beschließen einstimmig die Darlehensaufnahme bei der Raiffeisenbezirksbank Laa/Thaya.

b) Darlehensaufnahme für Straßenbau nach Kanalbau in Höhe von 350.000,-

Es wurden ebenfalls 3 Angebote gelegt.

VB mit Aufschlag 0,52 % auf den 6Monatseuribor

RBB mit Aufschlag 0,14 % auf den 6Monatseuribor

PSK mit Aufschlag 0,24 % auf den 6Monatseuribor

Da die Raiffeisenbezirksbank den geringsten Aufschlag auf den 6Monatseuribor anbietet, empfiehlt der Gemeindevorstand ebenfalls, dieses Darlehen bei der Raiffeisenbezirksbank aufzunehmen.

Die Darlehenszuzählung erfolgt im Jänner 09. Abstimmungsergebnis: einstimmig genehmigt.

Zu To 7. a) Beschlussfassung über Anhebung der Müllgebühren

Dem Gemeinderat ist mit der Einladungskurrende eine Aufstellung der alten Müllgebühr und der neu zu beschließenden Müllgebühren übermittelt worden. Die Mitglieder des Gemeinderates diskutieren über die erforderliche Höhe der Müllgebühren. Der Vizebürgermeister sagt, dass in der Bevölkerung die Meinung herrscht, die Anhebung der Müllgebühren hat mit dem Ausbau des Verbandsgebäudes in Laa zu tun. Darauf antwortet der Bürgermeister, dies ist nicht der Fall, da die Gebührenhoheit bei der einzelnen Verbandsgemeinde liegt. Er berichtet, dass der Verband das Gis Programm der Gemeinden ankauft. Er berichtet, dass der Verband das Gis Programm der Gemeinden ankauft. Außerdem hat der Verband die über 7 Jahre pro Haushalt eingehobenen ATS 110,- angespart um sich an den Errichtungskosten der Müllverbrennungsanlage zu beteiligen. Dann errichtete die AVN diese selbst, von den Verbänden wurden die Umladestationen errichtet. 25 % Anteil an der Verbrennungsanlage gehören den Verbänden. Das veranlagte Geld ist derzeit in Höhe von € 203.000,- vorhanden, da für die Errichtung der Umladestation ein zinsbegünstigtes Darlehen aufgenommen wurde. Der Dachausbau im Rathaus Laa kommt auf 565.000,- € und wird aus einem Darlehen nach dem EU-Erweiterungsprogramm finanziert. Dieser Dachausbau beträgt 380 m² es wäre aber möglich bis 800 m² zu erweitern. Von diesen 380 m² werden Räumlichkeiten an den GALB, die ARGUS und den Grundsteuereinhebungsverband vermietet.

Der Bürgermeister teilt mit, dass ein Finanzierungsplan erstellt wurde, und beantragt folgende Anhebung der Müllgebühren gültig ab 01.01.2009 vor:

120 Liter Restmülltonne	€ 7,-	pro Abfuhr
120 Liter Aschentonne	€ 6,-	pro Abfuhr
240 Liter Restmülltonne	€ 10,50	pro Abfuhr
Restmüllsäcke	€ 2,17	pro Sack

Für diese Restmülltonnen und den Restmüllsack beträgt die Abfallbehandlungsabgabe 26 % der Abfallwirtschaftsgebühr.

Biomülltonne 120 Liter	€ 3,20	pro Abfuhr
Biomülltonne 60 Liter	€ 1,80	pro Abfuhr

Alle diese Müllgebühren sind zuzügl. 10 % Mwst.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen.

b) Beratung und Beschlussfassung über Kanalbenützungsgebühren

Der Bürgermeister verliest die Berechnung der Kanalbenützungsgebühren laut Ing. Vock – erforderlicher Einheitssatz Schmutzwasser 2,64 € + RW 0,26 = 2,90 €.

Der Gemeinderat berät über den Zeitpunkt der Erhöhung. Der Bürgermeister berichtet, dass Ausgaben in Höhe von € 300.000,- für die sanierte Wasserleitung aufgebracht werden mussten. Herr Ing. Henninger schlug schon vor 2 Jahren vor, die Bereitstellungsgebühr für den Wasserzähler auf € 50,- pro Jahr zu erhöhen. Er fragt den Gemeinderat, ob die Anhebung der Kanalbenützungsggebühr wie vom Büro Henninger errechnet, bereits in der heutigen Sitzung beschlossen werden soll. Die Mitglieder des Gemeinderates sind für eine Beschlussfassung in der heutigen

Sitzung, da die Anhebung der Gebühren bereits mit 1.1.2009 festgesetzt werden sollte. Abstimmungsergebnis: es wird einstimmig beschlossen, die Kanalbenutzungsgebühr für den Schmutz- und Regenwasserkanal (Trennsystem) wird mit € 2,64 zuzüglich 10 % erhöhter Einheitssatz, wenn in das Kanalsystem Schmutz- und Regenwässer eingeleitet werden. Die gesetzliche Umsatzsteuer wird gesondert in Rechnung gestellt. Diese Verordnung tritt am 1.1.2009 in Kraft.

Zu To 8. Berichte und Diskussion

- Herr Bgm. Lipp aus der Gemeinde Niederleis teilt mit, dass er mit 1.1.09 sein Bürgermeisteramt zurücklegt und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.
- Die Thayawasserverbandssitzung fand statt. Der Bagger im Thaya-Wasserverband kostet € 62,- Fa. Schiller verlangt 48,- € pro Std. In der Sitzung am 4.12. konnte eine Vereinbarung mit Hr. Harmer betreffend der im Raum stehenden Klage getroffen werden. Ein Schlichtungskomitee, dem Bgm. Krieger angehört, wurde gegründet. Es muss herausgefunden werden, wofür der Thayawasserverband bei bestimmten Ereignissen zuständig ist. Grundsätzlich ist der Thaya-Wasserverband ist für Pflege und Erhalt der Gräben zuständig.
- Gemeindeabwasserverband – Gesamtkosten 46.900,- für die Gemeinde Gaubitsch im Jahr 2009
- Gaul Voranschlag wurde erstellt, diesen verliert der Bürgermeister auszugswiese
- Heute kam eine Mitteilung der Gemeindevertreterverbandes über die neuen Bgm. Bezüge ab 1.3.2009. Ob die derzeitigen Prozentsätze der Bezüge der Gemeinderäte beibehalten oder abgeändert werden sollen, soll der Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung überlegen.
- Bgm. Schuster aus Falkenstein hat ebenfalls sein Amt zurückgelegt und bedankt sich bei den Gemeinden für die gute Zusammenarbeit
- Die Unterabschnittsfeuerwehrsitzung fand statt. Der Bgm. verliert die Wünsche der Feuerwehren.
- Ein Musterangebot von Josef Fenz aus Staats für ein Buswartehaus aus Alu wurde übermittelt. Kosten € 286,- pro m². Dem Gemeinderat gefällt ein schönes Holzbuswartehaus besser.
- Ab 1. Jänner tritt ein verschärftes Raucherschutzgesetz in Kraft. Somit darf im gesamten Gemeindeamt nicht mehr geraucht werden. Auch nicht in der Küche im Amtshaus.
- Gestern fand eine Besprechung mit einem Vertreter der Alpenlandbau Gesm.b.H. statt. Anwesende: Bgm. Krieger, Altbgm. Öfferl und der Gemeindevorstand. Ein Wohnhaus mit 6-8 Wohnungen soll in der Siedlung Gaubitsch errichtet werden. Der Bürgermeister schlug Ing. Freudenberger für eine eventuelle Planung vor. Es muss aber noch verschiedenes geklärt werden und in der Sitzung der Alpenland genehmigt werden. Der Vertreter der Alpenlandbau Ges.m.b.H. ist dagegen jetzt schon eine Informationsveranstaltung abzuhalten. Die Wohnungen sind in einer Größe von 50 – 80 m² ein Mietverhältnis über 10 Jahre kann abgeschlossen werden anschließend kann die Wohnung ins Eigentum verkauft werden. Die Kosten können noch nicht genannt werden. 3000 m² könnten in der Siedlung Gaubitsch bebaut werden. Keller und Garagen werden eingebaut. Alle Siedlungen wurden besichtigt.
Der Vizebürgermeister schlägt vor eine Feuerbeschau im nächsten Jahr durchzuführen. In Altenmarkt und Kleinbaumgarten sollte diese 2009 abgehalten werden. Der Bgm. wird die Frau Rauchfangkehrerin um einen Termin bitten.

Ende der Sitzung: 23.00 Uhr

die Schriftführerin:

der Bürgermeister:

die Vertreter der Parteien:

.....
Vzbgm. Franz Popp,

.....
GR Paul Hiller

.....
GR Mathilde Hager